



## Niederschrift

10. Plenarsitzung des Gemeinderates  
27. Mai 2025, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

**Punkt 13 der Tagesordnung: Neugestaltung des Vollservice bei der Abfallsammlung des Teams Sauberes Karlsruhe**  
Vorlage: 2024/1403/1

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Betriebsausschuss Eigenbetrieb Abfallwirtschaft und Stadtreinigung, das Team Sauberes Karlsruhe (TSK) zu beauftragen, folgende Eckpunkte und die hierfür notwendigen Änderungen der Abfallgebührensatzung sowie der Abfallentsorgungssatzung umzusetzen:

- A) Das Holen und Zurückstellen von 2-rädrigen Abfallbehältern vom Standplatz (Vollservice) wird auf maximal 35 Meter Entfernung zwischen Fahrbahnrand und Standplatz, bis zu 10 Stufen und 5% Steigung festgelegt. Die Umstellung der Abfallsammlung für Restmüll, Biomüll und Altpapier soll ab dem 1. Juli 2025 in einem schrittweisen, stadtteilbezogenen Prozess erfolgen. Hiervon begrenzt betroffen sind die Kernstadtgebiete von Karlsruhe-Innenstadt, Mühlburg und Durlach.
- B) Die Einführung einer Wahlmöglichkeit zwischen Teilservice und Vollservice für das gesamte Karlsruher Stadtgebiet für 2-rädrige Behälter, sofern diese den unter A) beschriebenen Parametern entsprechen, ausgenommen der Kernstadtgebiete Karlsruhe-Innenstadt, Mühlburg und Durlach, ab dem 1. Januar 2027.
- C) Für das betriebliche Gesundheitsmanagement wird bis Ende des Jahres ein Konzept ausgearbeitet und in den Gremien vorgestellt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Zustimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 13 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Betriebsausschuss Eigenbetrieb Abfallwirtschaft und Stadtreinigung am 14. Februar 2025 und am 4. April 2025.

Frau Bürgermeisterin wird kurz einführen.

**Bürgermeisterin Lisbach:** Ja, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, wir legen Ihnen heute ein Konzept zur Neuordnung des Vollservice für die vom Team Sauberes Karlsruhe bedienten Müllfraktionen vor, also für Restmüll, Bioabfall und Papier/Pappe /Kartonaugen. Sie wissen es alle, das TSK hatte in den letzten Jahrzehnten, auch bis heute, den Vollservice sehr bürgerfreundlich praktiziert und auch weit über das hinaus, was zurzeit in unserer Abfallentsorgungssatzung festgelegt ist. Die Tonnen werden teilweise über mehrere Stockwerke, über steile Treppen transportiert, über weite Entfernungen. Und da stellen sich natürlich auch Fragen in Bezug auf Arbeitssicherheit und Unfallprävention. Wir hatten das ja hier auch schon mehrfach besprochen.

Letztes Jahr kam dann im Zuge der Umstellung der Wertstofftonne eine intensive Diskussion auch über den Umfang des in Karlsruhe zu leistenden Vollservice auf. Wir haben uns deswegen auch im Laufe der vergangenen zwölf Monate ganz intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Wir haben Selbsttouren begleitet, die städtische Arbeitssicherheit war hier eng mit im Boot. Wir haben mit dem Personalrat von TSK über gangbare Wege diskutiert, und wir haben uns ja auch mit denen, mit der Politik beraten. Ziel bei all dem war, eine möglichst gute Balance hinzubekommen zwischen dem Arbeitsschutz auf der einen Seite, aber eben trotzdem noch weiter einen möglichst bürgerorientierten Service auf der anderen Seite.

Aus all den Anforderungen wurde dann ein Konzept erarbeitet. Das ist das, was Ihnen heute zur Entscheidung vorliegt. Die Rahmenparameter sind die, dass TSK weiter den Vollservice über 35 Meter Entfernung und bis zu zehn Treppenstufen gewährleisten wird und dass natürlich auch dort, wo es notwendig ist, weiter an Haus- und Hoftüren geklingelt wird. Ausgenommen von den Änderungen sind die Kernstadtgebiete, das sind Teile der Innenstadt. Das ist der Kernstadtbereich von Durlach und von Mühlburg. Und zwar ist da die Begründung, dass das ausgenommen ist wegen einmal der hohen Frequenz auch an Fußgängerinnen und Fußgängern, auch wegen der dortigen Gastronomie, wegen Einzelhandel und weil einfach auch die Anforderungen an das Stadtbild hier besonders hoch sind. Ebenfalls ausgenommen sind vierrädrige Behälter. Da erfolgt der Service weiterhin wie bisher und im bisherigen Umfang.

Mit dieser Neuordnung, die wir Ihnen heute vorschlagen, können wir 93,5 Prozent der Haushalte so bedienen, wie Sie das bisher gewohnt sind. Gleichzeitig wird auch das Personal natürlich von TSK stark entlastet und auch so stark entlastet, dass auch der Personalrat von TSK sich hier mit diesen Änderungen einverstanden gezeigt hat. Und gleichzeitig können wir eben auch die Anforderungen, die unsere städtische Arbeitssicherheit gestellt hat, jetzt umfassend gewährleisten. Für die Haushalte oder Objekte auch, die nicht mehr wie bisher eben im Vollservice bedient werden, wird TSK dann auch Einzelberatung anbieten. Deswegen wird die Umsetzung, Sie haben es in der Vorlage gelesen, auch einiges an Zeit benötigen. Also wir werden das stadtteilweise machen, jeweils auch mit einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit begleitet und eben auch mit Beratungsterminen, die wir dann anbieten, sodass gegebenenfalls auch, wo das irgendwie möglich ist, alternative Standplätze gefunden werden können.

Dann gibt es noch ein zweites Teilprojekt, und zwar ist das eine Wahlmöglichkeit von Voll- und Teilservice. Die wird ab 2027 für das gesamte Stadtgebiet eingeführt. Das heißt, alle Objekte/Haushalte können dann auch entscheiden, welche Art von Service sie auch wollen. Das ist für die Höhenstadtteile natürlich auch interessant. Die haben ja zum Teil eben gar

keinen Vollservice und können jetzt zukünftig entscheiden, ob sie weiter den Teilservice beanspruchen oder Vollservice in Anspruch nehmen.

Das Konzept, das Ihnen jetzt heute vorliegt, haben wir zweimal im Betriebsausschuss behandelt und vorberaten. Wir haben es in den Ortschaftsräten vorgestellt, vorberaten. Wir haben es auch dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Karlsruher Bürgervereine im Vorfeld vorgestellt. Ich kann sagen, dass insgesamt die Reaktionen bisher sehr positiv waren, natürlich, ja, auch immer mit Einschränkungen, weil wir wissen, das ist uns ja klar, dass es für bestimmte Haushalte oder eben auch Objekte dann eben Mehrbelastungen bedeutet, dass hier Bürger und Bürgerinnen sich dann auch eine alternative Lösung suchen müssen. Aber insgesamt sind wir sehr zuversichtlich, hier doch einen insgesamt akzeptablen Weg gefunden zu haben, der so allen Anforderungen und Seiten einigermaßen gerecht wird.

Was die Wertstofftonne angeht, also das, was wir heute beschließen, habe ich ja eingangs erwähnt, ist dann eben jetzt für Rest-, Biomüll und PPK. Die Wertstofftonne wird ja von den Betreibern der dualen Systeme verantwortet. Was wir hier beschließen, ist damit nicht rechtsverbindlich für die Betreiber der Dualen Systeme. Die Verhandlungen mit den BDS für die Zeit ab 2027 beginnen jetzt in den kommenden Wochen oder Monaten. Unser Ziel wird sein, diese Regelungen BDS und Stadt natürlich möglichst zu harmonisieren, aber ob uns das gelingt, inwieweit uns das gelingt, das bleibt eben abzuwarten. Da müssen wir jetzt einfach in die Verhandlungen entsprechend gehen.

Ich möchte noch einmal ganz herzlich allen Beteiligten danken, die hier sehr viel Mühe in dieses Konzept gesteckt haben, natürlich allen voran den Beteiligten bei TSK, der Betriebsleitung, aber auch allen anderen, die hier mitgearbeitet haben, dem städtischen Arbeitssicherheitsdienst, auch dem ZJD, der uns hier immer beraten hat, vielen anderen, auch wirklich dem Personalrat von TSK, der hier sehr konstruktiv auch mitgewirkt hat. Wie gesagt, ich gehe davon aus, dass wir hier eine gute und wirklich auch akzeptable Lösung gefunden haben, und bitte um Ihre Zustimmung. Vielen Dank.

**Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE):** Der Vollservice beschäftigt uns nun schon eine Weile intensiv. Und auch mit der heute zu beschließenden Anpassung sind wieder Änderungen für die Bevölkerung verbunden, die verständlicherweise nicht nur Freude hervorrufen werden.

Wir haben über lange Zeit einen Vollservice durchgeführt, der weit über unsere eigene Satzung hinausging. Und dieser Vollservice ging mit Arbeitsplätzen einher, die gerade, wie gerade dargelegt wurde, aus arbeitsschutzrechtlichen Gründen heute so nicht mehr vertretbar sind. Wir sind aber in der Pflicht, Arbeitsplätze zu bieten, die den Arbeitsschutz berücksichtigen. Und wir sind auch in der Pflicht, mit unserer Satzung klare Verhältnisse zu schaffen, anstatt sie bei Bestandsgebäuden dauerhaft zu missachten. Deshalb ist ein neues Konzept ein notwendiger und richtiger Schritt, und deshalb werden wir diesem zustimmen.

Ebenso ist es aber auch folgerichtig, dass das neue Konzept die erlaubten Stellplätze weiterfasst als das bisherige, sodass arbeitsschutztechnisch noch vertretbare Stellplätze im Sinne eines bürgerfreundlichen Service weiter im Vollservice bedient werden können. Für dieses Konzept in dieser Form spricht auch besonders, dass es einen Rückhalt in der Belegschaft genießt. Leider wird es aber auch Objekte geben, die nicht mehr so bedient werden können wie bisher. Es gibt dann immer Menschen, die sagen, wir würden in diesen Fällen

die körperliche Belastung auf die Bevölkerung oder auf einen Hausmeisterservice abwälzen. Dazu muss aber gesagt werden, der entscheidende Unterschied ist, ob eine komplette Schicht lang Tonnen über Treppen gezogen werden müssen oder ob es sich lediglich um ein einzelnes Haus oder eine Handvoll Häuser handelt. Vielmehr liegt der Fokus aber darauf, dass wir gemeinsam mit der Bevölkerung einfache Lösungen finden müssen, sei es durch neue Stellplätze, sei es durch Behältergemeinschaften oder im Ausnahmefall auch einmal durch die Nutzung des öffentlichen Raums. Hier muss TSK, wie angekündigt, aktiv auf die Menschen zugehen. Auch muss das geplante Pilotprojekt zur Nutzung des öffentlichen Raums in Sonderfällen zeitnah starten, damit wir hiermit Erfahrung sammeln können. Ganz entscheidend ist zudem die Kommunikation, denn das lief leider bei der letzten Änderung im Vollservice nicht ganz glatt.

Bei dieser Änderung haben wir jetzt aber mehr Zeit und können entsprechend eines geplanten Konzeptes vorgehen und dann diese Zeit auch nutzen. Der zweite wichtige Schritt des Konzepts ist dann die Umsetzung der Möglichkeit zur Gebührenreduktion für alle, bei denen der Vollservice nicht möglich ist oder die ihn aus eigener Entscheidung heraus nicht mehr in Anspruch nehmen wollen. Hiermit sorgen wir für Fairness und Akzeptanz. In den nächsten Monaten werden wir die Umsetzung der Schritte des Konzepts weiter eng begleiten. Dabei sind wir als Nächstes auf das ebenfalls im Beschluss enthaltene Konzept zum betrieblichen Gesundheitsmanagement gespannt. Und dann schauen wir weiter auf die kommenden Verhandlungen mit dem dualen System, die uns dann wieder beschäftigen werden. Vielen Dank.

**Stadtrat Bunk (CDU):** Wir begrüßen die in der Vorlage beschriebene Neuregelungen des Vollservice, und wir begrüßen auch die Wahlmöglichkeit zwischen Voll- und Teilservice. Mit dem heutigen Beschluss gehen wir nach anderthalb chaotischen Jahren endlich einen wichtigen Schritt, zurück zu geordneten Verhältnissen bei der Müllentsorgung in Karlsruhe. Damit gibt es für über 90 Prozent der Karlsruher Haushalte eine gute und klare Lösung, und deshalb stimmen wir gerne zu. Vielen Dank an das TSK für die ordentliche Vorberaterung und die Vorbereitung dieses ganzen Prozesses. Diese Vorberaterung im Ausschuss und in den Ortschaftsräten war jetzt gerade, glaube ich, nach den kommunikativen Schwierigkeiten in den letzten anderthalb Jahren besonders wichtig.

Aber bei aller Freude über die guten neuen Vollservice-Regelungen darf auch nicht vergessen werden, dass erstens diese Neuregelung nur die Müllfraktion Bio-, Rest- und Papiermüll betrifft und vor allem eben, dass auch weiterhin 2.000 Haushalte noch ohne Lösungsangebot sind. Diese 2.000 Haushalte dürfen aus unserer Sicht mit dem Thema Müllentsorgung nicht im Regen stehen gelassen werden, und die Beraterung alleine oder der Verweis auf die Beauftragung eines Hausmeisterservice ist für uns auch noch keine Lösung. Wir erwarten, nachdem wir jetzt dann den Vollservice neu geregelt haben, da auch ein Angebot für diese 2.000 Haushalte, beispielsweise in Form von zentralen Abfallsammelstellen. Das wird ja dann sicherlich die Einzelberaterung zeigen, inwiefern eben in einzelnen Haushalten etwas zu machen ist oder ob man halt größer, für viele Haushalte gesammelt ein Konzept braucht. Für heute können wir sagen, wir stimmen wie gesagt gerne zu und sind froh, dass für 90 Prozent der Haushalte damit für die Fraktionen Bio-, Rest- und Papiermüll auf jeden Fall eine gute Lösung gefunden ist. Vielen Dank.

**Stadtrat Dr. Fechner (SPD):** Wo Licht ist, ist auch Schatten. Bei der jetzigen Novellierung der Abfallsatzung ist viel Licht dabei. Sie sorgt für mehr Klarheit für einen Großteil der

Haushalte. Also ich nenne jetzt mal explizit Neureut und die Höhenstadtteile. Es sorgt aber auch insbesondere für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beim TSK für ein Mehr an Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit, und das ist uns als Sozialdemokratie ein wichtiges Anliegen. Wir kommen zu einer Vereinheitlichung, zumindest was einen Großteil der Haushalte in Karlsruhe angeht. Meine beiden Vorredner haben die 10 Prozent der Haushalte benannt, bei denen es noch individuelle Lösungen braucht, sei es Beratungsangebote – das ist sicherlich gut und richtig –, aber auch zentrale Sammelplätze, wie wir sie ja auch schon andiskutiert haben im öffentlichen Raum, können hier eine Alternative darstellen. Was wir leider nicht gelöst kriegen, ist eine Vereinheitlichung im Hinblick auf das TSK. Da müssen wir uns, denke ich, ein Stück weit so ehrlich machen, dass wir da in der Verhandlung eher eine passive Rolle haben. Wir können zwar aktiv mitverhandeln, aber am Ende des Tages wird das duale System die Spielregeln bestimmen.

Uns wäre es auch wichtig, dass in der Öffentlichkeit auch noch einmal verdeutlicht wird, dass das Angebot des Volls-service fast bundesweit ein Alleinstellungsmerkmal ist. Es gibt wenige Kommunen bundesweit, die so einen Service anbieten. Wir begrüßen auch die Möglichkeit der Wahlmöglichkeit zwischen Voll- und Teilservice. Vielleicht wäre es für die Zukunft hilfreich oder günstig, wenn wir gegenüber der Bevölkerung eine einheitliche Regelung finden. Diese Diskrepanz zwischen dualem System und den hochwertigen Leistungen des Teams Sauberes Karlsruhe ist nur schwer vermittelbar und schwer zu kommunizieren. Und in der Vergangenheit gab es ja aus den genannten Gründen die entsprechenden Irritationen oder Verwerfungen. Zusammenfassend wollen wir uns beim TSK bedanken für die Vorlage, auch für die ausgiebige Diskussion, auch dass Punkte, Anregungen aus den Gremien aufgenommen wurden, und in diesem Sinne stimmen wir gerne zu. Vielen Dank.

**Stadtrat Seidler (AfD):** Die Beschlussvorlage zur Neugestaltung der Abfallsammlung ist zweifelsohne ein Schritt nach vorne, möglichst vielen Bürgern den bisherigen Volls-service zu erhalten. Positiv ist auch, dass der Vorschlag für die Begrenzung des Volls-service, maximal 35 Meter Entfernung, 5 Prozent Steigung, 10 Stufen für zweirädrige Abfallbehälter, mit denen besprochen und abgestimmt wurde, die diese Arbeit verrichten, den städtischen Müllwerkern. Die vorgelegte Regelung weist jedoch Widersprüche auf, die insbesondere den Bürgern, die keinen Volls-service mehr erhalten werden, unverständlich bleiben. Wenn die Begrenzung des Volls-service dem Arbeitsschutz der TSK-Mitarbeiter dient, warum gibt es Ausnahmen in der Innenstadt, in der Durlacher Altstadt und in Teilen Mühlburgs? Wir können gespannt sein, wie die Gefährdungsbeurteilung für diese Arbeitstätigkeit aussehen wird, zu der das TSK, wie jeder Arbeitgeber, verpflichtet ist, und wie das angekündigte Konzept für das betriebliche Gesundheitsmanagement damit umgehen wird. Sollen etwa für die besagten Ausnahmen in der Innenstadt in Durlach und Mühlburg spezielle Techniken zum Schieben und Ziehen der Behälter entwickelt und mit den TSK-Mitarbeitern eingeübt werden? Weiterhin gibt es zweirädrige Abfallbehälter in drei verschiedenen Größen, 80 Liter, 160 Liter und 240 Liter. Warum gelten für den dreimal so großen und dreimal so schweren 240-Liter-Behälter die gleichen Regeln wie für den 80-Liter-Behälter? Auch hier können wir gespannt sein, ob es für die vom Volls-service künftig ausgeschlossenen Standplätze nicht in Zukunft noch eine Ausnahme zum Beispiel für 80-Liter-Behälter geben kann.

Trotz der genannten Vorbehalte wird die AfD-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen. Wir werden die weiteren Schritte kritisch begleiten. Sicherlich lassen sich noch vorhandene Optimierungsmöglichkeiten finden.

**Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW):** Wohl kaum ein Thema bewegte zu Beginn dieser Legislaturperiode die Bürgerinnen und Bürger draußen mehr als das Thema Müll. Wenn Sie in eine gängige Suchmaschine die Stichworte Müll und Karlsruhe eingeben, dann finden Sie heute noch ganz oben Zitate wie Karlsruher Mülldesaster, Wertstoffchaos, Mauer des Schweigens, all diese Sachen. Was jetzt gut ist, ist, dass die Verwaltung daraus gelernt hat. Man könnte fast sagen, neue Besen kehren gut. Der Herr Harz hat die neue Rolle angetreten und ist auch gleich in den Dialog eingestiegen. Ich glaube, das ist auch die richtige Richtung, aktiv zu kommunizieren. Er hat die Ochsentour gemacht durch die Ortschaftsräte. Das ist nicht vergnügungssteuerpflichtig, weil überall gibt es natürlich Wünsche.

Also, was uns Liberalen und Freiheitlichen natürlich sehr gut gefällt, ist das Thema Wahlfreiheit, auf die wir zusteuern, die Wahl zwischen Vollsservice und Teilservice, dass die Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden wollen, können, in den meisten Fällen zahle ich ein bisschen mehr, kriege ich ein bisschen besseren Service oder kann ich auch etwas sparen. Ein Wermutstropfen auf der anderen Seite ist natürlich, dass einige von der Möglichkeit des Sparens ausgenommen sind, weil ihnen gesagt wird, ihr müsst den Vollsservice nehmen, aber ich glaube, das ist ein Schmerz, den die Bürgerinnen und Bürger in der Durlacher Altstadt gut verschmerzen können. Was wichtig ist in der Feinausgestaltung, wir haben das im Ortschaftsrat auch schon angesprochen, ist, dass die Gebiete genau definiert werden, weil jetzt stehen so Sachen drin, angelehnt an die Altstadtsatzung, also das müsste man genau definieren, und die Kommunikation soll ja auch in dieser Richtung weiter detailliert werden. Ja, für einige Haushalte, es sind sogar 2.000, haben wir noch nicht endgültige Lösungen, aber auch da setzen wir auf die Dialogbereitschaft und auf die Möglichkeit, da individuelle Lösungen zu finden. Ja, wenn eine positive Richtung festzustellen ist, dann muss man das auch einmal ansprechen, und das soll heute auch hier von unserer Fraktion so geschehen.

Sie kriegen eine Zustimmung zu dieser Vorlage. Die soll auch dann Rückenwind sein in die Verhandlungen mit dem dualen System. Vielen Dank.

**Stadträtin Berghoff (DIE LINKE):** Mit Blick auf die Entlastung und Arbeitssicherheit der Mitarbeitenden begrüßen wir die Neugestaltung ausdrücklich. Auch, dass die Möglichkeit, die Tonnen, so man dazu in der Lage ist, weiterhin selbst rauszustellen, künftig eine entsprechende Gebührenanpassung wegen Gleichbehandlung mit sich bringen soll, begrüßen wir. Trotzdem sehen wir in dem Konzept auch jede Menge Chaospotenzial und letztendlich ein Zweiklassenmüllsystem. Die Einrichtung neuer Stellplätze oder das Beauftragen eines Unternehmens oder Hausmeisterdienstes mit der Bereitstellung ist mit erheblichen Mehrkosten verbunden, die am Ende auf die Mieter\*innen umgelegt werden. Und hier geht es nicht darum, ob man es sich vielleicht leisten kann oder will. Nein, die Mieter\*innen haben rein standortbedingt ja an manchen Stellen gar keine Wahl. Auch die Sonderregelung für die Kernstadtgebiete sehen wir kritisch. Wir möchten die Neugestaltung wegen der Pläne zur nachhaltigen Verbesserung des Arbeitsalltags für die Mitarbeitenden des TSK in dieser Form nicht per se ablehnen und freuen uns über die Ausarbeitung und auf die Ausarbeitung eines Konzepts für Gesundheitsmanagement. Ob wir uns über die Ausgestaltung der künftigen Gebühren freuen können, ist aber fraglich. Und wegen einer hier fehlenden Hausnummer möchten wir uns heute enthalten.

**Stadtrat Haug (KAL):** Die Neugestaltung des Vollsservice bei der Abfallsammlung ist überfällig. Der ganze Ärger um die Sammlung der Wertstoffe hat aufgezeigt, dass die

Abfallsatzung nicht der gelebten Praxis der Sammlung des Abfalls entspricht. Dieser weit über die Satzung hinausgehende Service ist zwar kundenfreundlich und bürgernah, die Praxis belastet aber die Mitarbeitenden in einigen Bereichen über Gebühr. Die Neufassung, insbesondere die Erhöhung des Abstandes der Standplätze auf maximal 35 Meter, trägt der baulichen Situation in den Stadtteilen mit historischer Bausubstanz Rechnung. Außerdem wird der Anteil der Betroffenen, die auch künftig nicht vom Vollservice profitieren, von 17 auf 6,8 Prozent gesenkt. Aber der zweite und sehr wichtige Schritt, die Einführung der Wahlmöglichkeit zwischen Teilservice und Vollservice zum Januar 27, finden wir sehr gut. Dadurch wird eine Gleichbehandlung der Bürger\*innen möglich, da die Wahlmöglichkeit für den gesamten Geltungsbereich dieser Neugestaltung gilt. Da zudem ein Konzept für das betriebliche Gesundheitsmanagement erstellt wird, gewährleisten die vorliegenden Maßnahmen für den Vollservice die Anforderungen an einen sicheren und modernen Arbeitsplatz und bieten einen kundenfreundlichen Service. Die Regelung schafft Klarheit. Wir stimmen der Vorlage zu.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR):** Herr Noé hat schon recht, das war wirklich ein Top-Thema in Karlsruhe. Es war zwar nicht über Müll, sondern über die Abfallwirtschaft, das ist ein kleiner Unterschied doch. Genau, aber die Frage ist: Wird es geheilt mit dieser Vorlage? Es sind für mich einige positive, aber doch auch ein bisschen ein paar Wermutstropfen drin. Das Positive bei 35 Meter, 10 Stufen, 5 Grad Neigung, das Positive ist, dass die Mitarbeiter total zufrieden sind und sagen, da machen wir mit, da sind wir dabei. Wir haben die an Bord, und das war vorher wirklich nicht verantwortbar, wie das lief. Negativ finde ich, dass wir zwei Systeme haben werden, wenn wir das wieder ausschreiben über das duale System, dass wir ein neues System haben, was nicht aus einem Guss ist. Wir haben dann praktisch die städtische Abfallwirtschaft, und wir haben die dualen Systeme, die Wertstofftonne. Das sind zwei verschiedene Dinge, und das ist einfach schlecht. Das finde ich keine gute Lösung. Deswegen wäre mir es eigentlich recht gewesen, wir hätten es harmonisieren können. Aber positiv ist eigentlich die Wahlmöglichkeit von Voll- und Teilservice, vor allem, dass es sich kostenmäßig auswirkt. Wer es nicht haben kann, kann auch weniger bezahlen, das ist völlig fair. Und positiv ist auch die transparente Darstellung und die Öffentlichkeitsarbeit, das ist deutlich besser geworden. Also ob jetzt das Ganze geheilt wird, das wird die Zukunft zeigen, aber ich würde sagen, vieles ist klarer, vieles ist besser. Und es gibt die Hoffnung, dass es wirklich zur Heilung kommt, danke schön.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank, das waren jetzt alle Wortmeldungen. Damit können wir zur Abstimmung kommen, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Einstimmigkeit.

Wer hätte das bei so einem Thema mal gedacht, das ist ja schon bemerkenswert. Wir werden Sie gelegentlich daran erinnern und können uns, glaube ich, noch einmal bei allen bedanken, die auch im Vorfeld da eifrig mitgeschafft haben und es auch durch die Gremien getragen haben, vor allem auch der Abstimmung zwischen den verschiedenen Dienststellen.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin: